



Niederschrift 45. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.03.2013
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Birgit Morgenroth	SPD	Vertretung für: Herrn Schubert, Mike SPD
Herr Horst Heinzl	CDU	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	Vertretung für: Herrn Becker, Stefan FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß Potsdamer
Demokraten

sachkundige Einwohner

Herr Torsten Kalweit	CDU
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat
Herr Konstantin Pötschke	SPD
Herr Uwe Stab	SPD
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Beigeordneter

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Stefan Becker	FDP	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff	Bündnis 90/Die Grünen	nicht anwesend
Herr Marcel Rosteck	FDP	entschuldigt
Herr Ingo Korne	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	nicht anwesend

Schriftführer/in:

Herr Mathias Jeske

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.02.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 11/SVV/0435
Fraktionen FDP, CDU/ANW
 - 4.2 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und
Teilhabepaket des Bundes
Vorlage: 12/SVV/0686
Fraktion DIE LINKE
 - 4.3 Änderungssatzung Zweitwohnungsteuer
Vorlage: 13/SVV/0089
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 4.4 Hundesteuer
 - 4.4.1 Änderungssatzung Hundesteuer
Vorlage: 13/SVV/0090

- Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4.4.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 5: Erhöhung der Hundesteuer
Vorlage: 12/SVV/0763
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.5 Einstellung des kommunalen Begrüßungsgeldes für Studierende
Vorlage: 13/SVV/0109
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 4.6 Außerplanmäßige Auszahlung - Sportareal Luftschiffhafen
Vorlage: 13/SVV/0116
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport
- 4.7 Workshop zur Zielfindung
Vorlage: 13/SVV/0117
Fraktion FDP
- 4.8 Tourismusticket
Vorlage: 13/SVV/0136
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 45. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.02.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Dr. Wegewitz schlägt vor, den Tagesordnungspunkte 4.8 zurückstellen, bis die Verwaltung die Satzung zur Tourismusabgabe vorlegt.

Die geänderten Tagesordnung wird einstimmig bestätigt

Da keine Einwände bestehen, wird die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 20.02.2013 einstimmig bestätigt.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner erläutert eine Interessenabfrage zum Haushalt, da hier Fragen zum Umgang mit den bereitgestellten Excel-Listen der Verwaltung aufgekommen sind.

Des Weiteren stellt Herr Exner den „Fahrplan“ des Doppelhaushaltes 2013/2014 vor, welcher am 10.04.2013 in der Beigeordnetenkonferenz und am 08.05.2013 zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung abschließend behandelt werden soll.

Herr Exner informiert auch über die neue Richtlinie zur Berichterstattung zum Haushaltsvollzug, welche vom Oberbürgermeister jetzt unterzeichnet wurde.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: 11/SVV/0435

Fraktionen FDP, CDU/ANW

Herr Baron von der Osten genannt Sacken zieht den Antrag zurück, da dieser zum größten Teil durch Verwaltungshandeln erledigt ist, bzw. die Verwaltung in die richtige Richtung handelt.

zu 4.2 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes

Vorlage: 12/SVV/0686

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Wegewitz stellt mit Zustimmung von Frau Müller fest, dass sich der erste Punkt des Antrages erledigt hat und gestrichen werden kann.

Herr Kaminski möchte über die Punkte 2 und 3 abstimmen lassen.

Frau Latacz-Blume (Fachbereich 38 – Soziales, Gesundheit und Umwelt) erklärt, dass die im Punkt zwei geforderte Deckungsfähigkeit gegeben ist. Jedoch im Punkt drei müsse aufgepasst werden, da noch nicht klar ist, ob der Bund die nicht verbrauchten Mittel zurück fordert. Wenn diese Mittel als Haushaltsrest ins Jahr 2013 übertragen werden, entsteht ein sehr hoher zusätzlicher Aufwand, falls der Bund die Mittel zurück fordert. Das Land Brandenburg und der Städte und Gemeindebund sind dazu aktuell noch in Verhandlungen mit dem Bund.

Herr Schüler fragt, ob die Mittel zur Deckung im SGB VIII verwendet werden

können.

Frau Latacz-Blume verneint dies.

Herr Exner kommentiert, dass die Stadtverordnetenversammlung die Zweckbindung von Fördermitteln nicht aushebeln bzw. umgehen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- ~~1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die für das Haushaltsjahr 2012 für das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellten Mittel weitestgehend auszuschöpfen. Über den aktuellen Stand und die eingeleiteten Maßnahmen werden der Jugendhilfe-, der Sozial- und der Finanzausschuss im Januar 2013 informiert.~~
2. Die einzelnen Haushaltsansätze aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Nicht verausgabte Haushaltsmittel des Haushaltsjahres 2012 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden in das Haushaltsjahr 2013 übertragen. Die Mittel sind zweckgebunden für Maßnahmen aus dem SGB VIII zu verwenden. Näheres hierzu obliegt der Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und deren Anlagen.

Abstimmungsergebnis zu den Punkten 2 und 3 des Antrages:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Änderungssatzung Zweitwohnungsteuer

Vorlage: 13/SVV/0089

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner stellt die zweite Änderungssatzung vor.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.4 Hundesteuer

zu 4.4.1 Änderungssatzung Hundesteuer

Vorlage: 13/SVV/0090

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner informiert über die Änderungssatzung.

Herr Kaminski bemängelt, dass hier keine sozialen Aspekte Berücksichtigung finden, da gerade ältere Bürger, welche alleine leben und ein geringes Einkommen haben, einen Hund halten. Es sollte geprüft werden, ob der erste Hund nicht kostengünstiger werden könnte und dafür die Steuer für zusätzliche Hunde angehoben werden kann.

Herr Baron von der Osten genannt Sacken betont den zusätzlichen Aufwand, welcher der Stadt durch entsteht, da nicht alle Hundehalter die Hinterlassenschaften entsorgen.

Frau Müller möchte wissen, wie hoch die Kosten für die externe Erfassung waren bzw. ob sich das gerechnet hat.

Herr Exner bejaht dies. Da teilweise auch rückwirkende Forderungen entstanden sind, hat sich die Erfassung bereits jetzt schon amortisiert. Dies wäre mit eigenen Kräften bzw. Personal nicht möglich gewesen. Zudem weist Herr Exner auf den Städtevergleich hin, wonach die Landeshauptstadt Potsdam noch unterm Durchschnitt liegt.

Herr Schultheiß wirbt für Unterstützung, gerade weil hier der zusätzliche Dreck entsorgt werden muss.

Herr Heinzel kritisiert den Städtevergleich, da Potsdam sehr viel ländlichen Raum umfasst, wo für einen Hund, beispielsweise 24 € in Werder/Havel, sehr viel weniger entrichtet werden müssen.

Herr Kaminski betont, dass von den Mehreinnahmen auch nicht der Dreck beseitigt wird oder zusätzliche Hundetoiletten aufgestellt werden, sondern dieser Mehrertrag in die allgemeine Deckung des Haushaltes einfließt.

Herr Stab weist auf den Steuerungseffekt hin.

Herr Dr. Wegewitz weist auf die Härtefallregelung nach der Abgabenordnung hin und möchte wissen, ob dieser Hinweis nicht in die Steuersatzung mit aufgenommen werden kann.

Herr Exner lässt dies prüfen und berichtet dazu in der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Stab informiert über bereits enthaltene soziale Elemente in der Satzung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

zu 4.4.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 5: Erhöhung der Hundesteuer

Vorlage: 12/SVV/0763

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Diskussion erfolgte unter dem Tagesordnungspunkt 4.4.1 (DS 13/SVV/0090), da inhaltlich das gleiche Ziel verfolgt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hundesteuer ist zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 1

zu 4.5 Einstellung des kommunalen Begrüßungsgeldes für Studierende

Vorlage: 13/SVV/0109

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Herr Dr. Wegewitz bringt mit folgender Begründung einen Änderungsantrag ein:

Die bisherige Regelung für das kommunale Begrüßungsgeld, nach der jeder Studierende 50,- Euro / pro Semester erhält wenn er seine Hauptwohnsitz in Potsdam nimmt, soll auf Vorschlag der Verwaltung beendet werden. Eines der Argumente sind die entstehenden Kosten durch Mitnahmeeffekte, die durch die Auszahlung je Semester entstehen. Derzeit erhält ein Student bei einer Regelstudienzeit von 8 Semestern achtmal die 50,- Euro, also insgesamt 400 Euro. Durch eine Veränderung 100 Euro würde der gewünschte Anreiz für die Ummeldung nach Potsdam bestehen bleiben, ohne das für eine einmalige Leistung der Ummeldung pro Semester erneut ein Begrüßungsgeld gezahlt würde.

Frau Müller stellt, auf Grund der kurzfristigen Einbringung und den Umfang des Änderungsantrages, den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages zur Beratung innerhalb der Fraktion.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 2 JA-Stimmen und 5 NEIN-Stimmen abgelehnt.

Herr Stab wirbt für den Originalantrag, da Potsdamer Studenten davon nicht

profitieren. Auch kann ein Steuerungseffekt nicht mehr erkannt werden.

Frau Morgenroth wirbt für den Antrag der JUSOS.

Herr Schüler hinterfragt den damaligen avisierten Steuerungseffekt, nachdem gewollt war, mehr Einwohner in die Landeshauptstadt zu ziehen. Angesichts der aktuellen Wohnungsmarktlage scheint dieser Effekt nicht mehr förderlich, da der Wohnungsmarkt überlastet ist.

Herr Dr. Wegewitz weist auf die hier lebenden, jedoch nicht hier gemeldeten Studenten hin und die dadurch nicht der Landeshauptstadt zugewiesenen Schlüsselzuweisungen.

Herr Stark möchte wissen, ob die im Antrag bezifferten Kosten auch die des Personals und die entstehenden Betriebskosten der Landeshauptstadt beinhalten.

Herr Lindt (Geschäftsbereich 3 - Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz -) verneint das. Aufwand für die Antragsprüfung und gegebenenfalls der Widerspruchsprüfung sei nicht beziffert.

Der Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

Herr Kaminski lässt anmerken, dass der Antrag auf den 18.03.2013 datiert ist und daher allen beispielsweise per E-Mail hätte zur Verfügung gestellt werden können. Einen so umfangreichen Änderungsantrag so kurzfristig einzubringen, sei nicht angebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Die Zahlung des kommunalen Begrüßungsgeldes für Studierende erfolgt letztmalig für das Sommersemester 2013.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Auswirkungen folgende Veränderung der bisherigen Gewährung des studentischen Begrüßungsgeldes hätte:

Die Landeshauptstadt Potsdam gewährt zukünftig Studierenden, die ihren Hauptwohnsitz von außerhalb nach Potsdam verlegen, ein einmaliges Begrüßungsgeld von 100,- Euro statt wie in der bisherigen Regelung von 50 Euro/ pro Semester.

Anhand der Darstellung der Auswirkungen auf den Haushalt (Einnahmen aus der sog. Schlüsselzuweisung im vgl. zu den zu erwartenden Kosten für das veränderte Begrüßungsgeld), soll eine Entscheidung über die zukünftige Handhabung des Begrüßungsgeldes getroffen werden.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der SPD:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmhaltung:	0

zu 4.6 Außerplanmäßige Auszahlung - Sportareal Luftschiffhafen

Vorlage: 13/SVV/0116

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

Frau Rademacher (Fachbereich 21 - Bildung und Sport -) erläutert die Vorlage.

Herr Heinzel und auch Frau Morgenroth finden es komisch, dass immer wenn von der Verwaltung Geld benötigt wird, auch sofort eine Deckungsmöglichkeit auftaucht, trotz der langen Investitionsliste.

Frau Rademacher und Herr Klemund (Geschäftsführer der Luftschiffhafen Potsdam GmbH) erläutern die Finanzierung von Bund, Land und Stadt sowie die Deckungsquelle.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Erneuerung der Rundlaufbahn des Nebenstadions im Sportareal Luftschiffhafen wird die außerplanmäßige Auszahlung i.H.v. 425.584 € im Haushaltsjahr 2012 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 4.7 Workshop zur Zielfindung

Vorlage: 13/SVV/0117

Fraktion FDP

Herr Exner erläutert das Problem des Umfanges eines solchen „Workshops“ und dass dies an einem Tag nicht zu schaffen sei. Herr Exner schlägt daher eine Änderung des Antrages vor.

Da Herr Baron von der Osten genannt Sacken die Sitzung verlassen musste, stellt Herr Schultheiß den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung des Antrages, um ihn dann mit der Fraktion FDP besprechen zu können, da der Grundgedanke durch von Herrn Exner vorgeschlagene Änderung verloren geht. Denn nicht der Oberbürgermeister solle Ziele und Strategien entwickeln, sondern die Stadtverordnetenversammlung.

Frau Morgenroth möchte hier auch ein Wirken der Politik, nicht des Oberbürgermeisters.

Herr Dr. Stark fragt nach den Kosten, welche durch die Verwaltung für die Vorbereitung entstehen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig bestätigt.

zu 4.8 Tourismusticket

Vorlage: 13/SVV/0136

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Vorlage wird zurückgestellt, bis der Satzungsentwurf der Verwaltung vorliegt.

